Regierungsratsbeschluss

vom 23. März 2004

Nr. 2004/631

**Vernehmlassung zur Verordnung über die Koordination des Verkehrswesens im Ereignisfall (VKOVE);
Schaffung einer Rechtsgrundlage für das koordinierte Verkehrswesen auf Bundesebene
Schreiben an das Bundesamt für Verkehr**

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet dem Regierungsrat, in Absprache mit dem Kantonalen Führungsstab, das Schreiben an das Bundesamt für Verkehr (Vernehmlassung) betreffend Verordnung über die Koordination des Verkehrswesens im Ereignisfall (VKOVE); Schaffung einer Rechtsgrundlage für das koordinierte Verkehrswesen auf Bundesebene zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird das Schreiben an das Bundesamt für Verkehr betreffend Verordnung über die Koordination des Verkehrswesens im Ereignisfall (VKOVE); Schaffung einer Rechtsgrundlage für das koordinierte Verkehrswesen auf Bundesebene, beschlossen.

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Verkehr

Verteiler

Regierungsrat

Bau- und Justizdepartement

Amt für Verkehr und Tiefbau (4) Sp/ks

Kantonaler Führungsstab

Departement des Innern, sanitätsdienstliches Rettungswesen

Polizei Kanton Solothurn

Solothurnische Gebäudeversicherung, Feuerwehr, R. Fröhlicher, Baselstrasse 40, 4500 Solothurn

Katastrophenvorsorge, Luzernstrasse 19, 4502 Solothurn

Büro des Kantonsrates

Staatskanzlei

Medien (Jae)